



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Betitelle (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen.
Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklameteilzeile (90 mm breit) 135 gr.
Auslandsinserate: 100% Aufschlag.

Er scheint
an allen Werktagen.
Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zł, bei den Ausgabekellen 5.25 zł, durch Zeitungsboten 5.50 zł.
durch die Post 5.— zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Diskussionen im Sejm.

Die führenden Oppositionsredner. — Marschall Piłsudski konferiert. — Der Abg. Marek über die Mairevolution. — Erklärung der Christl. Demokratie.

Warschau, 16. November. Die gestrige Sejm-Sitzung war ganz erfüllt von den Debatten über das Haushaltsprovisorium. Es sprachen Vertreter fast sämtlicher Sejm-Parteien. Die Reden der Abgeordneten Głabinski (Nat. Volksverband) und Marek (Sozialist) hatten ausgesprochen oppositionellen Charakter.

Was das Pressegesetz betrifft, so wurde der Antrag des Arbeitsklubs, den Dringlichkeitsantrag an den Verfassungsausschuss zu überweisen, vom Sejm-Marschall Rataj gebilligt und dessen Ansicht dann von der Kammer ihrerseits gutgeheißen. Bis zum 27. November sollen keine Sejm-Sitzungen stattfinden, da Herr Rataj, wie verlautet, der Regierung die Möglichkeit geben will, binnen 14 Tagen, vom Tage der Sessionseröffnung, das Dekret abzuändern oder aufzuheben. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses will vor Einberufung der Kommission mit der Regierung darüber verhandeln, daß der Auslegungsschlichter nicht vom politischen Gesichtspunkt betrachtet werde.

Gegen 5 Uhr erschien Marschall Piłsudski im Sejm, und man sprach davon, daß eine politische Rede im Zusammenhang mit dem Pressegesetz bevorstehe. Es ist aber zu dieser Rede nicht gekommen. Piłsudski hielt mit Rataj eine längere Konferenz über den Haushalt und die Sachlage in der Angelegenheit des Pressegesetzes ab.

Nachdem die Sejm-Sitzung eröffnet war, ergriff der Abgeordnete Rosicki das Wort, um den Vorschlag einer Verringerung der Tagesordnung vorzutragen. Er erklärte u. a. folgendes: „Mein Klub hat zusammen mit anderen Parteien den Antrag auf Aufhebung des Pressegesetzes unterzeichnet, da er das Gesetz aus sachlichen Gründen für unangebracht hielt. Der Arbeitsklub nimmt an, daß dieser Antrag für die Regierung einen Fingerzeig dafür bildet, daß das Gesetz vom Sejm aufgehoben wird. Mein Klub will aber aus dieser Angelegenheit keine Demonstration gegen die Regierung machen. Da der Sejm auch nach dem 27. November zu dieser Frage Stellung nehmen kann, beantrage ich, daß die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt und erst am 27. November erörtert wird.“

Sejm-Marschall Rataj erklärte, daß es angebracht wäre, über den Antrag des Abg. Rosicki in der dazu berufenen Kommission zu diskutieren. So wurde die Vorlage an den Verfassungsausschuss verwiesen.

Darauf schritt der Sejm zur Neuwahl eines Vize-Marschalls an Stelle des zurückgetretenen Vize-Marschalls Płocinski. Man wählte den Abg. Zwierzyński. Hierauf schritt die Kammer zur

Discussion über den Haushaltsvoranschlag

für das Jahr 1927/28.

Der Abg. Głabinski (Nat. Volksverband) griff in längerer Rede die Regierung an. Er äußerte die Befürchtung, daß die Regierung trotz der offiziellen Dementis nach einer Verringerung des politischen Organismus gestrebt habe. Die Innenpolitik der Regierung habe einerseits zur Verringerung der Verwaltung und andererseits zur Verringerung staatsfeindlicher Elemente geführt. Zum Budget sagte er, daß der Haushaltsvoranschlag nur formell ausgeglichen sei, während er in Wirklichkeit mit einem Defizit abschließe. Er kritisierte im Zusammenhang damit den Optimismus des Finanzministers. Zum Schluß seiner Rede wies er auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtengehälter hin und gab den Zweifeln über die Dauerhaftigkeit des polnischen Exports Ausdruck.

Im Namen der Christlichen Demokratie gab der Abg. Dubanowski eine kurze Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Wir halten die Aufstellung eines geordneten Budgets für die wesentliche Aufgabe der gegenwärtigen Session, aber nicht für die wichtigste. Das finanzielle Gleichgewicht wird durch den gesunden Puls des Wirtschaftslebens bedingt. Der größte Feind dieses Gleichgewichts ist das brüchige politische System, das sich aus dem fatal konstruierten Wahlrecht ergibt. Eine schnelle Besserung des Staatssystems wird dem Staat Harmonie und Arbeitskontinuität sichern. In der Voraussicht, daß noch einmalige Wahlen auf Grund der bisherigen Wahlordnung eine allzu schwere Prüfung für unseren Staat wären, wende ich mich an alle verantwortlichen Faktoren mit der Aufforderung, sich in einer klar gesteckten Richtung zu bemühen, nämlich daß an die Stelle des gegenwärtigen Systems ein anderes gesetzt wird, das den Lebensbedürfnissen und den großen Pflichten- und Zagskellenn-traditionen unseres Volkes entspricht.“

Nach dieser Erklärung ordnete Vize-Marschall Dębski eine Mittagspause an.

Nach der Pause sprach zunächst der Kommunist Erzyba, der in längeren Ausführungen zu dem Schlufantrag kam, das Haushaltsprovisorium zum Zeichen des Protestes gegen die faschistische Regierung zu verwerfen.

Der Abg. Kwiatkowski von der Christlichen Demokratie teilte der Kammer mit, daß seine Partei für Verweisung an die Kommission stimmen werde.

Darauf ergriff der Abg. Marek von der Sozialistenpartei das Wort, um u. a. folgendes zu sagen: „Niemand hat erwartet, daß nach dem Maiumsturz und der Verfassungsänderung noch dem gegenwärtigen Sejm die Aufgabe zugefallen würde, das Budget zu erledigen. Die Mai-Ereignisse, mag man sie eine Revolution und bewaffnete Revolution des Kabinetts nennen, hatten eine tiefere Grundlage, den Zwiespalt zwischen Sejm und Volk.“

Jede Revolution verpflichtet.

Der Sieger packt den besiegten Gegner an die Kehle und zerküßt mörderisch gewordene Gebäude. In diesem Falle aber ist eine Erledigung der Dinge eingetreten, die eine Reihe von Fehlern aufweist und das politische Leben unklar erscheinen läßt. Die Masse der Agrarier wird nach den letzten Schritten der Regierung wieder an politischer Macht gewinnen. Die polnische Demokratie hat die peinliche Stunde erlebt, daß unter den höchsten Auspizien eine neue Agrarpartei geschaffen wird, die alle

Posten des öffentlichen Lebens beherrschen soll. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete haben wir ebenso bedeutende Regierungsmassnahmen zu verzeichnen. Die Regierung hat die Wirtschaftsweise zu Beratungen eingeladen, in denen die Lösung ausgerufen wird: Ohne Experimente! Für die Arbeiterklasse übersteht heißt es etwa: „Fort mit den Träumen!“ In das Wirtschaftskomitee ist der Finanzminister, dessen Aufgabe die Bekämpfung der Teuerung ist, nicht eingetreten. Es tritt klar hervor, daß die Regierung die Linie der Verteidigung kapitalistischer Interessen verfolgen wird. Die Teilnahme der Minister Męszkowski, Nizabkowski und Staniewicz bedeutet gleichsam eine Vorwegentcheidung der Agrarreformfrage, und in der Zurückstellung derselben liegt eine große Gefahr, denn die Reform ist eine Staatsschuld, die dem Volke gegenüber abzutragen ist. Abgesehen von dem Zere-monialkonflikt, der auf byzantinische Traditionen hindeutet, haben wir ein neues Presidedekret zu verzeichnen, das nicht nur für die Presse, sondern überhaupt für die Freiheit des Wortes einen Mankfort darstellt. Das Dekret wird die schlimmsten Resultate zeitigen, wenn nicht der Sejm seine Pflicht erfüllt und es aufhebt. Denn die Unfreiheit des Wortes führt zur Verschwörung. All diese Dinge haben uns bewogen, daß die gemeinsamen Wahlzeiten der Bourgeoisie mit der Regierung auf Kosten des Volkes ein Ende haben müssen. Die Opposition ist nicht persönlich, sondern sachlich. Wir haben Verständnis für den guten Willen der Regierung, aber das genügt noch nicht. Die Opposition wird nicht zulassen, daß das Geschwür, das im Mai aufgeschnitten wurde, von neuem zu eizern beginnt.“

Abg. Langer von der Wyzwoleniegruppe erklärt, daß sein Klub seine Meinung über das Budget erst nach der Erörterung in der Haushaltskommission äußern werde.

Abg. Matkiewicz von der Nat. Volkspartei äußert die Hoffnung, daß der Finanzminister die Versprechungen bezüglich langfristiger billiger Kredite für die kleinen Landwirte und die Handwerker halten werde.

Abg. Dubanski erklärt im Namen des Ukrainischen Klubs, daß er das Exposé des Finanzministers nicht zur Kenntnis nehmen, da seine Partei kein Vertrauen zur Regierung habe.

Abg. Solowacz von der Unabhängigen Bauernpartei sagt, daß seine Partei gegen das Haushaltsprovisorium für das Jahr 1927/28 stimmen werde.

Abg. Roguszczyk von der Nationalen Arbeiterpartei erklärt, daß seine Partei für die Kommissionsverweisung des Provisoriums stimmen werde, was jedoch für die endgültige Stellungnahme der Partei nicht entscheidend wäre.

Abg. Taraszkiewicz spricht sich gegen das Provisorium aus.

Abg. Poloczek erklärt im Namen der Pfaffen, daß seine Partei der Regierung gegenüber eine kritische Stellung einnehme, da die Regierung weder ein politisches noch ein wirtschaftliches Programm vorgestellt habe, doch stimme seine Partei für die Verweisung an die Haushaltskommission, wo sie das Provisorium einer sachlichen Beurteilung unterziehen wolle.

Nach der Rede des Abg. Ertucki, der sich gegen das Budget ausdrückte, gab der Marschall den Antrag des Abg. Erzyba zur Abstimmung, der die Verwerfung des Budgets in erster Lesung betraf. Der Antrag wurde abgelehnt und das Haushaltsprovisorium in erster Lesung an die Haushaltskommission verwiesen.

Nach der Verlesung verschiedener Interpellationen gab der Marschall bekannt, daß die Sejmarbeiten jetzt hauptsächlich auf der Arbeit der Haushaltskommission ruhen und er deshalb eine Sesssion nicht ansetzen könne. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die erste amtliche Darstellung der Wahlen in Oberschlesien.

Die Pat. veröffentlicht die erste amtliche Darstellung der oberschlesischen Wahlen nach Kreisen wie folgt:

Kreis:	Gesamtstimmen	Poln. Mand.	Deutsche Mand.
Kattowitz Stadt	47 270	26 (21 079)	34 (25 513)
Königschütze Stadt	32 261	16 (10 012)	38 (22 299)
Kattowitz Land	84 040	191 (43 927)	127 (40 113)
Schweidnitzer Kreis	75 500	106 (35 250)	125 (40 250)
Beuthen	54 857	986 (43 894)	154 (9 532)
Oppeln	68 800	1226 (47 200)	272 (21 600)
Leibschütz	13 347	379 (9 477)	134 (3 870)
Tarnowitz	22 996	235 (15 859)	71 (6 821)
	399 071*)	3 165 (226 698)	955 (169 998)

*) In dieser Zahl sind 2375 ungültige Stimmen enthalten. Die Zahlen in () sind die abgegebenen Stimmen.

Nach der Stimmenzahl ergibt sich eine prozentuale Verteilung von 57,15 Prozent polnischen Stimmen und 42,85 Prozent deutschen Stimmen.

Wenn wir die amtliche Mandatsverteilung, wie sie die Pat. meldet, dagegen berechnen, so ergibt sich eine prozentuale Verteilung der Mandate von

76,82 Prozent polnischen Mandaten,
23,18 Prozent deutschen Mandaten.

Wir müssen die Verantwortung für diese Melbung durchaus der Pat. überlassen.

Die oberschlesischen Wahlen vor dem Sejm.

Im „Kurier Polski“ lesen wir: „Das Ergebnis der Wahlen in Oberschlesien hat in Sejmkreisen einen sehr lebhaften Widerhall gefunden. Man weist darauf hin, daß von seiten der Regierung eine tatkräftige Initiative gefehlt habe. Das oberschlesische Volk war in der Zeit der Wahlen fast sich selbst überlassen. Die Angelegenheit soll, wie verlautet, Gegenstand einer Interpellation werden.“

Neue Wirtschaftswege in Deutschland.

Von Axel Schmidt.

Als sich die deutsche Industrie nach den furchtbaren Anstrengungen des Weltkrieges wieder auf die Friedensarbeit umzustellen begann, zeigte es sich, daß infolge der langen Absperrung nicht nur die Außenmärkte verloren gegangen, sondern auch die Betriebe veraltet und gegenüber dem Auslande rückständig geworden waren. Viele überseesische Länder hatten zudem aus der Not eine Tugend gemacht und gleich den neuentstandenen Staaten in Europa sich eigene Industrien geschaffen. Die Inflationszeit ermöglichte der deutschen Industrie, ihre Betriebe auszubauen, und im letzten Jahre ist dazu noch die Rationalisierung der Arbeitsmethoden gekommen.

Aber nicht mehr das Kartell, das die schlechten Werte mitschleppt, nach ihnen sogar die allgemeinen Preise festsetzt, ist das Ideal der deutschen Wirtschaft, sondern die Riesen-gesellschaft, die nur die modernsten Betriebe vereinigt, ohne ihre Konkurrenz untereinander auszuschalten. Die Farbenindustrie, die, gestützt auf die einzigartige Verbindung mit der chemischen Wissenschaft, schon vor dem Kriege eine Monopolstellung in der Welt einnahm, hat sich zu solch einer Mammutgesellschaft zusammengeschlossen und beginnt bereits ihre alte Weltgeltung wieder zu gewinnen. Als zweite Riesen-gesellschaft ist die Stahlwerke A.-G. zu nennen, die nach Stilllegung aller veralteten Fabriken die Hoffnung hegt, jeder Konkurrenz auch in technischer Hinsicht gemachsen zu sein.

In der Kohlenindustrie macht sich jetzt gleichfalls eine Bewegung zum Zusammenschluß und Zuangriffnahme neuer Arbeitsmethoden bemerkbar. Infolge des englischen Kohlenstreiks erhielt die deutsche Kohlenindustrie nicht nur die Möglichkeit, ihre großen Vorräte auf den Halben abzugeben, sondern sich auch umzuorganisieren und manches im Kriege verloren gegangene Absatzgebiet zurückzuerobern. Vor allem aber hofft sie, daß durch Fortfall der englischen Regierungssubvention an die Kohlenindustrie auf dem Weltmarkt wieder normale Verhältnisse eintreten werden. Könnte doch die englische Kohle, die bis zur Subvention stets nur dank der billigen Wasserfracht in die deutschen Seestädte gelangte, jetzt bis nach Berlin vordringen. Die deutsche Kohlenindustrie hat sich durch langwährende Verträge die wiedergewonnenen Absatzmärkte Skandinaviens und anderswo gesichert.

Für die englische Kohlenindustrie bedeutet der Streit und der Krieg mit seinem Ausbau von Kohlengruben in vielen Kolonialgebieten und außereuropäischen Staaten eine dauernde Verschlechterung ihrer Position. Früher bildete die englische Kohle die gute Rückfracht für alle englischen Schiffslinien nach den Kolonien, die dadurch in die Lage versetzt wurden, die Rohstoffe zu billigen Frachten nach England zu bringen. Mit der Industrialisierung dieser Gebiete ist auch die Inbetriebnahme von Kohlengruben Hand in Hand gegangen, so daß die englische Kohle besonders in der Schifffahrt eine Monopolstellung mehr besitzt. Durch die Benutzung der Braunkohle zur Herstellung von Elektrizität und den Ausbau der Wasserkraft wird der Kohlenverbrauch um so mehr eingeschränkt, als auch die Schifffahrt zur Delfeuerung überzugehen beginnt.

Auch Deutschland ist damit vor das Problem gestellt, was mit dem Uberschuß der Kohlenproduktion geschehen soll. Hier ist es wieder die Wissenschaft, die einen Ausweg zu weisen scheint. Und zwar auf zwei ganz verschiedenen Gebieten. Die Farbenindustrie hat nach jahrelangen theoretischen Experimenten ein Verfahren gefunden, aus der Kohle die hochwertigen Stoffe zu extrahieren. Vor allem ist das Verfahren der Verflüssigung der Kohle zu Benzol theoretisch gelöst, und die Farbenindustrie-gesellschaft ist eben schon dabei, in Leuna eine große Fabrik zur Herstellung von künstlichem Benzin zu errichten. Sie hofft, in wenigen Jahren nicht nur den stark wachsenden deutschen Bedarf an Benzin für Motoren — Autos, Flugzeuge usw. — herstellen zu können, sondern ist sogar der Ansicht, das künstliche Benzin billiger fabrizieren zu können als das jetzt aus dem Auslande bezogene. Bewahrheitet sich diese Annahme, so würde in Deutschland nicht nur für zahlreiche deutsche Arbeiter neue Arbeitsmöglichkeiten gefunden sein, sondern es würden auch große Summen im Inlande verbleiben, die bisher für Bezug von Benzin ins Ausland flossen; damit würde die Handels- und Zahlungsbilanz nicht unwesentlich verbessert werden.

Die A. E. G. ist dabei, ein anderes Problem zu lösen: die Halbverkokung der Braunkohle. Hierdurch wird ein bequem transportfähiges Produkt geschaffen, das die Verwendungsmöglichkeit der Braunkohle stark erhöhen wird. Bisher konnte nämlich die Braunkohle, auch in der Form des Briquettes, nicht mehr als einen 140 Kilometer langen Transport vertragen, da es sich dann schon als billiger erwies, die hochwertige Steinkohle zu beziehen. Die A. E. G. hat dieses Verfahren ausgebaut, um die Ertragsfähigkeit der auf Braunkohle errichteten Elektrizitätswerke zu steigern, indem sie bei der Halbverkokung wertvolle Derivate gewinnt; desgleichen hat sie, um die Wirtschaftlichkeit dieser Werke zu erhöhen, das in Amerika bereits erprobte Ver-

fahren der Staubkohlenverfeuerung unter Zufuhr von Preßluft aufgenommen. Für das neue große Elektrizitätswerk in Rummelsburg, das ganz Berlin mit Licht und Kraft versorgen soll, ist schon dieses neue billige Heizverfahren in Aussicht genommen.

Diese vielfachen Anregungen der Vereblung der Kohle, die von der Farben- und elektrischen Industrie ausgehen, sind auch bei der Kohlenindustrie auf fruchtbaren Boden gefallen, auch bei ihr wird eifrig gearbeitet, um für den Ueberfluß an Kohle und Koks neue Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen. Um nicht bei dieser Umstellung gar zu sehr ins Schlepptau der Farben- und elektrischen Industrie zu geraten, ist sie eifrig bestrebt, durch Zusammenschluß ihre Position zu stärken. Wahrscheinlich wird die dritte Damm-Gesellschaft in Deutschland aus dem Zusammenschluß der Kohlengruben entstehen, soweit die Zechen nicht bereits in die Stahlwerke A.-G. hineingebracht sind, die nicht weniger als 26 Prozent der Kohlenförderung kontrolliert. Diese neue Kohlenorganisation plant, ihren Kohlenüberschuß in Zentralkokereien zu Stickstoff und Benzol zu verarbeiten und mit dem dabei gewonnenen Koks große Fernheizwerke bis nach Süddeutschland hinein zu betreiben. Auch hierbei wird es, wie bei der Farben- und Stahlwerkorganisation, nicht ohne Abstoßen veralteter Betriebe oder unrentabler Zechen abgehen. Ein solches Reinigungsverfahren ist nötig, um konkurrenzfähig zu bleiben, zumal es sich dabei meistens um Zechen handeln dürfte, die bisher nur durch das Kartellsystem künstlich durchgeschleppt wurden.

Wie man sieht, ist die deutsche Wirtschaft energisch daran, nach dem schweren Zusammenbruch, den auch sie erlitten, neue Wege einzuschlagen, um sich wieder ihre angesehene Position in der Welt zu erobern.

Eine Stimme aus Warschau.

Bestirzung.

Der „Kurjer Potany“ meint zu den Gemeindevahlen in Oberschlesien, daß die Wahlergebnisse kein Bild der Wirklichkeit wären (??) und kommt zu folgenden „Operationen“ auf deutscher Seite:

1. Die Grubenbesitzer, die sich in den Dienst der deutschen Propaganda stellen, üben auf die polnischen Arbeiter nicht nur einen moralischen, sondern auch einen finanziellen Druck aus, um sie zu zwingen, ihre Stimmen für die deutschen Listen abzugeben. (Gerade dieser Druck würde die Arbeiter zu energischerem Widerstand zwingen!)

2. Die deutschen Listen waren zum großen Teil so aufgestellt, daß sie nach deutsch-polnischen Kompromissen ausfielen (??), und zwar mit Hilfe der Einführung gewisser Polen, (??) die von den Wahlkomitees bestochen (??) worden waren.

3. Unter den Arbeitslosen arbeiteten die deutschen Agitatoren mit dem „Argument“, daß im Falle eines Sieges der deutschen Listen Polnisch-Oberschlesien an Deutsch-Oberschlesien angeschlossen würde, (??) wo die Arbeitslosigkeit behoben werden sei.

4. Ein anderes deutsches Agitationsargument waren die besseren Sozialversicherungsleistungen auf deutscher Seite, im Zusammenhang mit dem Goldkurs der deutschen Mark, im Gegensatz zum polnischen Geldkurs, der durch die Salubrität des Münzmeisters Józefowski, die ausschließlich die Interessen des Exports begünstigt hätte, auf die „Wirtschaftsparität“ zurückgedrängt worden wäre. Man hat auch die Verhinderung der polnischen Inflation über die Nichtbeachtung der Inflationsfrage in Polen ausgenutzt, wobei man sich auch der Hilfe bolschewistischer Aufwiegler bediente.

Die alten Phrasen, die alten Melodien! Wenn die Zeitungen sich einmal die Wahlinformationsergebnisse ansehen würden, könnten sie nicht so erstaunt sein. Mit den Dingen, die uns hier wieder aufgeklappt werden (Propaganda, Bestechung, Agitation), wird niemand die Wahrheit verschleiern.

Unter den Fittichen Korfanths.

Der „Robotnik“ schreibt: „Es mag laut gesagt werden, daß unsere vierjährige Politik in Oberschlesien an dem Wahlergebnis schuld ist. Die Chyba-Männer, namentlich die Korfanth-Organen, vergießen Tränen über die Verschlechterung der polnischen Wähler. Hier spricht aber das unreine Gewissen dieser Herren.

Die Deutschen schritten auch nicht gemeinsam zur Wahlurne, denn die Sozialisten gingen besonders vor, und im polnischen Lager wäre keine so große Zersplitterung gewesen, wenn die Nationaldemokraten, die Christlichen Demokraten und die Nationalen Arbeitspartei zusammengegangen wären. Zu den Ursachen des Sieges der Deutschen gehört die Korruptionspolitik Korfanths und die kapitalistische Politik aller bisherigen polnischen Regierungen, durch die das wertvollste und opfermütigste Element Schlesiens — die Arbeitermassen — unwillig gemacht wurden. Nach den bisherigen Angaben zu urteilen, ist die Sozialistenpartei wehrhaft aus den Wahlen hervorgegangen, während die Nationale Arbeiterpartei, die bis vor kurzem so mächtig in Oberschlesien gewesen ist, ihre Niederlage unter den fürsorglichen Fittichen Korfanths verflucht hat.“

Deutsche Pressestimmen zu den Wahlen in Oberschlesien.

Die Berliner Blätter bemerken ausführlich den deutschen Wahlsieg in dem an Polen abgetretenen Oberschlesien.

Die „Tägliche Rundschau“ unterstreicht die Niederlage der von dem Verband der Aufständischen und dem Westmarkenverein aufgestellten Liste. Dieses Ergebnis sei bezeichnend für die Bedeutung der Leute, die alles niederknuppelten, was anders gemeint war.

Die „Bosche Zeitung“ bemerkt: „Weder die Entlassungsverträge noch die gegen die deutsche Wirtschaft gerichtete Politik haben es erreichen können, daß das oberste Schicksal sich eng an die neuen Regierungen angeschlossen hat. Es ist im Gegenteil zu beobachten, daß vielfach die für die Deutschen bei der Volksabstimmung abgegebenen Stimmen weit übertroffen wurden.“

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: „Man denkt in Oberschlesien keineswegs daran, diese Gemeindevahl etwa als „Zweite Abstimmung“ zu betrachten. Man hofft nur, daß jetzt endlich in Warschau begriffen wird, daß die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien ein mächtiger Faktor ist, mit dem man rechnen muß, und dessen berechnete Wünsche nicht mit Schlägen beantwortet werden dürfen.“

Bemerkt sei, daß die Wahlen auf deutscher Seite unter der verbindlichen Lokalitätserklärung der deutschen Parteien vor sich gingen. Die deutschen Parteien hatten ausdrücklich erklärt, daß sie die Wahlen keineswegs als eine vorbereitete zweite Abstimmung, über die Zugehörigkeit Oberschlesiens hinstellen wollten. Trotzdem wird aber das gesamte Ausland, besonders die an der feinerzeitigen interalliierten bzw. Völkerbundregelung unmittelbar beteiligten Mächte sich der Bedeutung des Ereignisses nicht verschließen können.

Die Deutschen in Oberschlesien aber werden von dem Wahlausgang erwarten, daß man sie als den maßgebenden Faktor im kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben Oberschlesiens mit den Rechten und Pflichten einer verantwortungsbewußten nationalen Minderheit anerkennt.

Republik Polen.

Eine Fanfare.

Der „Kurjer Gzermow“ hat gestern einen Artikel gebracht, in dem es heißt: „Demissionieren Sie, Herr Wojewode von Schlesien! Sie haben die Regierung nicht gewarnt. Sie haben keine Veranlassung der Wahlen verlangt! (Befandlich sind die Wahlen bereits im vergangenen Jahre veranlagt worden! Neb.) und damit haben Sie die Prüfung der Reife zur Bekleidung eines so hohen Postens nicht bestanden.“

Zwei Richtungen.

Bei den Beratungen der Byzowolen-Gruppe sind zwei Richtungen hervorgetreten. Der Führer der einen Richtung ist der Abg. Niedzyński, der sich der Regierung gegenüber positiv einstellt. An der Spitze der anderen Richtung stehen Woźniak und Radoski. Es ist dies die Richtung einer gewissen Opposition gegenüber dem Kabinett.

Die konservative Partei.

Gestern nachmittag hat in Warschau im Palais des Fürsten Radziwiłł die Generalversammlung der Warschauer Gruppe des Szlachetko Prawicy Narodowej begonnen. Aus Krakau waren Prof. Dr. Esterreicher, Prof. Dr. Krzyżanowski, der Mediziner Beupre, Graf Larnowski und Professor Dybowski erschienen. Auf der Tagesordnung stand eine Rede Dr. Bobrzyński über das Programm der Krakauer Schule der Konservativen. Die Teilnehmer der Organisationsversammlung der Warschauer Gruppe begeben sich heute nach Lodz, um dort eine Zweigorganisation zu schaffen. In einer Unterredung mit Vertretern der Presse hat Fürst Radziwiłł erklärt, daß der Krakauer „Gaz“ das Organ der Partei sein werde. In den

Vorstand der Warschauer Gruppe sind gewählt worden: Janusz Radziwiłł, als Vorsitzender, Józef Targowski, August Popławski und Rechtsanwalt Suligowski als Stellvertreter, Jan Bobrzyński, der Sohn des früheren Statthalters als Sekretär.

Thronrede des Königs von Rumänien.

Bukarest, 14. November. Der König eröffnete heute das Parlament mit einer Thronrede. Er erwähnte zunächst die Amerikareise der Königin, die die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rumänien noch weiter festigt hätte, und gab dann eine Uebersicht über die auswärtige Politik. Die Erneuerung des Paktes mit Polen und der Abschluß von Freundschaftsverträgen mit Frankreich und Italien dienten der Sache des Friedens. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten hätten sich gebessert.

Was die Innenpolitik anbetreffe, heißt es, so würde das Parlament sich mit einer Reihe von Gesetzesentwürfen zu befassen haben. Vorgelegt seien u. a. Gesetze zur Förderung des Hochschulwesens und der Gesundheitspflege, sowie eine Änderung des Preßgesetzes. Die Agrarreform solle vervollständigt und die landwirtschaftliche Produktion durch Reorganisation der landwirtschaftlichen Schulen und Gewährung von Krediten erhöht werden. Ferner sei eine Neuordnung der Beamtengehälter vorgeesehen. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen machten die Erschließung neuer Einnahmequellen erforderlich. Es sei daher eine Änderung der Steuergeetze und eine Erhöhung der Zölle in Aussicht genommen. Die nationale Industrie müsse durch Schutz zölle gefördert werden. Schließlich sei die Reorganisation der Armee und eine Verbesserung des Lebensstandards der Offiziere und Mannschaften geplant. Die Nationale Bauernpartei wohnte der Parlamentsöffnung nicht bei zum Zeichen des Protestes gegen die Art der Durchführung der letzten Wahlen und die angebliche Verletzung des Wahlrechts.

Der Aufstand in Java.

Regierungserklärung.

Batavia, 14. November. In der gestrigen Sitzung des niederländisch-indischen Volksrates gab der Regierungsvorstand eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die Regierung ebenso wie der Volksrat stehen unter dem Eindruck der kommunistischen Anschläge, die sich in der vergangenen Nacht in Batavia und in anderen Orten des Landes ereignet haben. Die Regierung, die zwar im Augenblick noch über keine eingehenden Informationen verfügt, legt aber Wert darauf, zu erklären, daß zu ernstlichen Besorgnissen kein Anlaß besteht. Daß den sowohl von den europäischen wie von den eingeborenen Behörden ergriffenen Maßnahmen beherrschte die Lage vollständig. Die Regierung wird auch vor keiner Maßregel zurückweichen, die sich zur vollständigen Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung als notwendig herausstellen sollte.

Ueber den Aufstandsversuch werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Unruhen sind an zahlreichen Plätzen des westlichen Java fast zu gleicher Zeit ausgebrochen. Bereits in den letzten Tagen war — offenbar eine Folge der lebhaften kommunistischen Propaganda in verschiedenen Teilen des Landes — eine unruhige Stimmung unter bestimmten Teilen der Bevölkerung bemerkt worden, die Polizei hand aus diesem Grunde den vorgezogenen Vorgehen nicht unvorbereitet gegenüber. Das heftige Geseß um das Telephonamt von Batavia dauerte etwa drei Stunden. Obgleich das Amt von Militärbefehlungen umzingelt war, gelang es dem größten Teil der kommunistischen Befehlshaber, gestern morgen gegen 8 Uhr bei einem Ausfall zu entkommen. 17 Kommunisten konnten jedoch gefangen genommen werden. Auch in zahlreichen anderen Orten, vor allem in Westbreben, Tangerang, Ragat, Kiangring und Laboenan kam es zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und kommunistischen Bänden. Laboenan scheint vorläufig noch in den Händen der Kommunisten zu sein. Militärische Verstärkungen sind dorthin unterwegs. Bei den Kämpfen hat es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gegeben. Bisher sind auf den verschiedenen Polizeistationen über 200 Verhaftete eingeliefert worden.

Als bestes Festgeschenk ist ein gutes Buch zu empfehlen!

Es ist der treueste Freund der Familie.

Sie finden eine große Auswahl guter Bücher in der

Buchhandlung der Drukarnia Concordia Sp. Akc.
Bogdan, ul. Zwierzyniecka 6.

Copyright by August Scherl, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Goldmachergeschichten.

Von Gustav Meyrink.

(66. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterzagt.)

Am folgenden Tage kam der Badmeister aus Wien zurück. Er warf den aufgestrichen Hut samt der fuchsinen Sonntagsperücke von sich, wusch sich umständlich die Glaxe und rief: „Das war ein schlimmer Gang auf die Kaiserliche Kasse, nimmer möchte ich solch einen noch einmal tun! — Es ist doch, als ob der Gottseibeiuns leibhaftig in dem verwünschten Golde säße! Jedem, der davon hört, jucken die Finger. Und hat einer von Gott die Gewalt dazu, so möchte er schon lieber die halbe Welt am Galgen sehen, als einen anderen im Besitze der Eitelkeit! Jedemal, wenn der Herr Seefeld das Inn im Tiegel zergeren ließ und dann sein eingestelltes Pulver darauf warf, daß das schlechte Metall aufwallte und im Purpurschein zum guten Golde ward, floß mirs über den Rücken wie Teufelskräbber und heimliches Grauen! — Und Euch Mädchen am Ende nicht auch? Jetzt hat sichs gerächt!“

Und nun erzählte er seinen Töchtern unter vielen Anrufungen Gottes und der Heiligen sein Abenteuer zu Wien; unterließ auch nicht, seine Vertraulichkeit mit den Majestäten Heiligen Römischen Reiches recht gravitätisch ins Licht zu setzen, jedoch auch Willkür, Gewalttätigkeit und lüchlichen Abbruch der Audienz zu erwähnen, sowie, daß er erst an diesem Morgen die Regel seines sonst bequemen Quartiers habe schieben hören, worauf er denn, sonder Gruß noch Frühstück, recht wortkarg hinausgeleitet und außerhalb der Burg in einem dunklen Gassenwinkel abgesetzt worden sei. Es wunderte ihn jetzt bloß, was für Kunde von dieser seltsamen Inquisition an Herrn Seefeld gelangen werde.

Die beiden Mädchen hatten dem Gepolter und der Rebellst des Vaters still und bleich zugehört, und er hatte ihr schweigendes Betragen auf den Schreck über die späte Heimkunft und seine Nachrichten gedeutet. Jetzt erst sagte Maria müde und mit einem finsternen Spott: „Eure Heim-

kehr, lieber Herr Vater, hat Herr Seefeld bezahlt, den sie in dieser Nacht auf Euren so treuen Bericht hin nach Wien geholt haben!“

„Was“, rief Herr Friedrich, „der Herr Seefeld ist fort? — Daß ich mir das nicht habe gleich denken können —!“

„Fort ist er mit der Rumormache. Und so werden wir ihn wohl kaum so bald wiedersehen,“ sagte Maria und schaute den Vater lange und traurig an, daß diesem recht unbehaglich zumute ward und er verlegen unter sich sah.

Dann erzählten Maria und abwechselnd auch Theresia dem Vater die Vorgänge des Abends und der Nacht und daß die Reitergarde schon lange wieder auf der Straße nach Wien galoppiert sei, bis des Badmeisters Knecht und Waag auf die Strümpfe kamen, um zu fragen, zu raten und Hilfe anzubieten. Die Geschichte mit dem Büchlein blieb unerwähnt.

Viele Tage vergingen. Von Seefeld hörte man nichts mehr in Rodaun, und nur mancher Kranke, Sieche und Sorgenbeschwerte klagte im stillen bitter um die Abreise des immer hilfsbereiten und trostbringenden Fremden.

Auch der alte Badmeister Friedrich vermiste seinen guten Hausgast sehr, und dies um so peinlicher, als ihm mancher Gedanke und Vorwurf nicht aus dem Sinn wollte, daß er die Schuld trage, wenn Herr Seefeld etwa in ernste Angelegenheiten geraten sein sollte.

Indessen kam der Winter heran, und jede Nachricht über Herrn Seefeld blieb aus. Badmeister Friedrich, durch Marias blaße Wangen und traurig veränderte Laune bewogen, versuchte mehrmals, in Wien Erkundigungen über den Verbleib seines Mieters einzuziehen. Aber alle Nachforschungen blieben erfolglos. Von einem Adepten der Goldmacherkunst wußte niemand etwas, und selbst der Herr Münzwardein Hajek, zu dem der Badmeister sich nochmals Zugang zu verschaffen wußte, schwur, wahrscheinlich aus ehrlichem Herzen, daß ihm weder der Name Seefeld, noch irgend eine Maßnahme des kaiserlichen Hofes zu Ohren gekommen sei.

Ein neuer Frühling kam und verging. Neue Gäste, auch aus Wien, zogen in Rodaun ein und wieder aus; aber so eifrig und verstoßen auch Maria die Badbesucher

durchmusterte, keiner war darunter, der ihr durch Wort oder Wink etwas zu sagen gehabt hätte.

Witten im Winter erschien plötzlich und unerwartet eine Untersuchungskommission, in deren Begleitung jener selbe Offizier der Rumormache sich befand, der die Verhaftung geleitet hatte. Es wurde das Haus von oben bis unten zur äußersten Verwunderung des Badmeisters ausgenauert durchsucht, und es war bei dem Reben und Rauen der Kommission immer wieder von einem beinernen Büchlein die Rede, welches sich, vielleicht in irgend einem Versteck verborgen, im Laboratorium des Adepten noch finden lassen. Auf scharfe Befragung erklärten aber die Hausinsassen, insonderheit Maria, daß wohl Herr Seefeld ein solches Büchlein besessen, solches aber nie aus der Hand gegeben und zumeist bei sich am Körper getragen habe; es sei auch niemals den Hausinsassen zu Augen oder Ohren gekommen, daß von solchem Büchlein ein zweites Exemplar vorhanden gewesen sei.

Die Kommission zog unverrichteter Dinge wieder ab. Im Laufe des Winters schien Marias Mut trohdem völlig gebrochen. Sie schlich durch Haus und Gasse, und kaum gelang es Theresia noch, durch mancherlei Geflüster am abendlichen Herd ihre Teilnahme zu erregen. Ihr Leibes, allein noch wirksames Trostwort war und blieb: „Du hast noch Wort und Unterpfand, Maria, und eines von beiden wenigstens wird dem Verschundenen immer forstbar sein.“

Übermals streute der Frühling seine Blüten aus, und die Vögel begannen aus dem neubelaubten Gebüsch hervor ihre ersten Lieder zu singen, da erwachte auch Maria plötzlich aus der Dumpsheit, mit der sie so lange sich vergebens gequält hatte. Ihre blauen Wangen färbten sich wieder, ihre Augen blickten zuversichtlicher, ja sie sang zuweilen vor sich hin mit kurzem, noch stockendem Anlauf, wie ein eben ins Nest heimgekehrter Zugvögel. Anfang März war ein ungünstiger Baron auf wenige Tage nach Rodaun gekommen, um für sich und seine Familie ein Badequartier zum Frühommer zu besetzen. Er wohnte im „Goldenen Storch“. Beim Badmeister sprach er nur flüchtig ein, ließ sich ein paar Stuben zeigen, fand aber dies und das nicht kommod und empfahl sich wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Die Konferenz in Odeffa.

Unnötige Geispensterricht.

Das überraschende Zusammentreffen des türkischen Ministers des Aeußern, Nischid-Bej, mit dem russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, in Odeffa hat zu zahlreichen Vermutungen Anlaß gegeben, die aber wohl zum großen Teil den Boden der realen Tatsachen verlassen. In Vertretung diplomatischen Kreisen wollte man zunächst in der Zusammenkunft nicht viel mehr als einen Höflichkeitbesuch sehen. Im vorigen Jahr haben einige russische Kriegsschiffe Konstantinopel besucht, und Tschitscherin hatte ihnen als kleine diplomatische Aufmerksamkeiten einen Blumenstrauß für seinen türkischen Kollegen mitgegeben. Diesen Besuch erwiderte nun das türkische Kriegsschiff „Samidje“, und Nischid-Bej übermittelte Tschitscherin die Bitte, nach Odeffa zu kommen. Die Initiative zur Zusammenkunft ist also von türkischer Seite ausgegangen. Obwohl man über den Inhalt der Odeffaer Gespräche noch nichts Bestimmtes erfahren hat, kann man sich dennoch aus der allgemeinen politischen Lage ein Bild machen, aus dem hervorgeht, daß zwar manche Beziehungskombinationen weit übertrieben sind, daß es aber andererseits auch nicht nur ein einfacher Höflichkeitbesuch ist.

Rußlands auswärtige Politik wird bekanntlich seit langem von dem Argwohn beherrscht, daß England Rußland einreisen wolle. Der Artikel 16 der Völkervereinbarung läßt Rußland nicht ruhig schlafen. Rußland fühlt sich durch England auf drei Fronten bedroht: auf der türkisch-persischen, der baltischen und der afrikanischen. Darum hat Rußland das Bestreben, durch Sonderabmachungen mit einzelnen Staaten diese Einkreisungsfront zu durchbrechen. Sowohl auf der türkisch-persischen wie auf der baltischen Front ist Rußland dieses Bestrebens im Laufe des letzten Jahres durch Verträge gegliedert. Man erinnert sich des russisch-türkischen Vertrags, der im Dezember 1925 in Paris unterzeichnet wurde. Er besteht aus drei Paragraphen und drei Protokollen. Sein Inhalt bestand darin, daß beide Staaten sich gegenseitig verpflichteten, an keiner feindseligen Handlung eines dritten Staates oder einer Staatengruppe gegen einen der beiden Vertragsschließenden teilzunehmen. Nach dem Zustandekommen des türkisch-englischen Abkommens über Mosul haben in der Türkei Erwägungen geschwebt, ob es nicht ratsam wäre, dem Völkervereinbarung beizutreten. Da es jedoch für die Türkei aus wirtschaftlichen Gründen, sich um einen Ratssitz zu bewerben, nachdem schon wegen des heiß umstrittenen Ratssitzes in Deutschland der ganze Völkervereinbarung zu verfallen drohte, entschloß sich die Türkei, einstweilen abzuwarten. Aber die Möglichkeit, daß die Türkei doch früher oder später dem Bund beitreten könnte, beunruhigt Rußland. Aus Moskau wird heute gemeldet, die deutsche Regierung habe der türkischen Geraten, dem Völkervereinbarung beizutreten. Von amtlicher deutscher Seite verläutet dazu, daß deutsch-türkische Verhandlungen darüber nicht stattgefunden hätten. Aber es brauchen ja auch nicht gleich diplomatische „Verhandlungen“ gewesen zu sein. Daß von maßgebender deutscher Seite, wenn auch nicht in Form einer Staatsankündigung, so doch vielleicht auf anderem, unterirdischen Wege nach Ankara die Ansicht gelangt sei, Deutschland jäh die Türkei gern im Völkervereinbarung, ist leicht möglich; es entspräche dem deutschen Interesse, auf den Genser Wästen Fremde und frühere Verbündete zu sehen. Nicht nur der türkische Beitritt, sondern nach Möglichkeit auch der russische wäre daher für Deutschland willkommen. Gingen diese die russische Politik ihr Ziel nach wie vor darin, dem Völkervereinbarung entgegenzuarbeiten. Und dazu gehört, daß man von Moskau aus versucht, die Türkei zum Beitritt fernzuhalten.

Unter den Gründen, die den türkischen Minister des Aeußern bewogen haben, nach Odeffa zu fahren, ist wohl in erster Linie das wachsende Mißtrauen der Türkei gegen Italien zu suchen. Die Türkei fühlt in Italien immer mehr den Selbst England im Mittelmeer. Ankara hätte sich wohl noch lange nicht bereit gefunden, Mosul den Engländern zu geben, wenn man nicht befürchtet hätte, daß englische Abmachungen so-

wohl mit Italien wie mit Griechenland dazu dienen sollten, die Türkei militärisch zu bedrohen und einzuschüchtern. Neuerdings hat die Zusammenkunft Chamberlains mit Mussolini in Livorno den türkischen Argwohn verstärkt. Die Ausfahrten eines italienischen Angriffs auf Anatolien werden verschieden beurteilt. Zum Teil neigt man dazu, ihn als Wahrscheinlichkeit zu bezeichnen. Aber es gibt auch gewichtige Stimmen, die behaupten, daß Italien von seinen Inselstützpunkten aus, die — wie Kaselorio — nur einen Kanonenschuß weit von der anatolischen Küste liegen, eine Landung und Festsetzung ohne Gefahr wagen könnte. Wie dem auch sei, jedenfalls besteht auch in türkischen militärischen Kreisen den italienischen Möglichkeiten gegenüber eine gewisse Nervosität, die durch Mussolinis Unberechenbarkeit verstärkt wird, besonders aber durch die berechnete Befürchtung begründet erscheint, daß im Fall eines italienischen Angriffs auch Griechenland sofort in einen Zweifrontenkrieg stürze, wenn nicht sogar eine dritte Front drohe, die russische. Denn in Ankara ist man im letzten Jahr nie recht sicher gewesen, ob nicht doch wohl zwischen Rom und Moskau über ein gegen die Türkei gerichtetes Zusammengehen verhandelt worden ist. Dabei konnte man in Ankara die Befürchtung nicht von der Hand weisen, daß russische Truppen in einem günstigen Fall versuchen könnten, sich der Festungen Mars und Ardahan zu bemächtigen, die Rußland zwar der Türkei abgetreten habe, deren Preisgabe jedoch in Rußland immer mehr beunruhigt. Daß in maßgebenden türkischen Kreisen tatsächlich ernste Besorgnisse vor der Stellung Italiens bestehen, hat unter anderem noch kürzlich der türkische Botschafter in Berlin, der selbst türkischer General ist, durch ein Interview in der amtlichen russischen „Izwestija“ bestätigt.

Es versteht sich, daß die unter solchen außenpolitischen Umständen in Odeffa geführten Unterhaltungen nicht nur ein Höflichkeitbesuch sind, sondern ernste Dinge berühren. Beide Seiten haben mancherlei zu bieten und zu fordern. Rußland erscheint dabei zunächst als der Gewährende. Aber auch die Türkei hat Trümpfe. Es sei daran erinnert, daß im letzten Juni unmittelbar nach einer längeren Unterredung zwischen dem russischen Botschafter in Ankara und dem türkischen Minister des Aeußern die türkische Regierung in einer amtlichen Mitteilung die aufsehenerregende Erklärung veröffentlichte, daß in den türkischen Beziehungen zu Rußland eine ernste Spannung eingetreten sei. Der Grund dazu lag offenbar darin, daß die Türkei nach dem Zustandekommen des Mosulvertrags eine Forderung einzunehmen schien, die den Russen schon zu unangenehm dünkte.

Wenn über diese Tatsachen hinaus aber schon von einem pan-asiatischen Völkervereinbarung unter Rußlands Führung die Rede war, so ist das sicherlich weit übertrieben. Den Anlaß zu diesen Kombinationen bot unter anderem die Meldung, daß der persische Palastminister Timurtaş Khan mit nach Odeffa gefahren sei. Timurtaş traf am 2. November in Ankara ein, und zwar kam er damals aus Europa, wo er sich eine kurze Weile aufgehalten hatte. Schon aus diesem Umweg geht hervor, daß der persische Minister wohl kaum eine wichtige Mission von Rifa Khan an den Gasi Mustafa Kemal zu überbringen hatte, wie in Konstantinopel vermutet wurde. Die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran sind durch den im letzten April abgeschlossenen türkisch-persischen Freundschafts- und Sicherheitsvertrag geregelt, und es wäre daher ganz natürlich, wenn der Palastminister die Gelegenheit benutzte, an der Odeffaer Besprechung teilzunehmen, zumal da sie außer den erwähnten politischen Fragen auch sicherlich wirtschaftliche berühren dürfte, die alle Anlieger des Schwarzen und des Kaspischen Meeres interessieren. Wenn man bedenkt, wie oft in den letzten Jahren westeuropäische Staatsmänner zu verteilenden Unterhaltungen zusammengekommen sind, so versteht man, ohne daß daraus gleich gefolgert zu werden braucht, daß ein „Mistablood“ oder ähnliche gespenstische Gebilde den Pontischen Gestaden entstehen könnten.

sondantag-Georges verlagte worden, weil auf ihre Anordnung Überstunden gemacht worden waren. Das Reichsgericht sprach sie frei. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch Revision ein mit der Begründung, daß die Furcht des allgemeinen Abnehmens bestimmend auf die Angeklagten eingewirkt habe. Der erste Senat hat nunmehr die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen, die prüfen soll, ob die Angeklagten gezwungen waren, die Überstunden zu machen.

Schwerer Betriebsunfall.

Barmen, 17. November. (A.) In Barmen stürzte in einer Kunstspinnerei eine 70 Zentner schwere Filterpresse beim Transport um und begrub zwei Arbeiter unter sich. Der eine war sofort tot, der andere liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus.

Aus anderen Ländern.

Entsendung einer französischen Militärmission ins Rheinland.

Paris, 16. November. (A.) Der Heeresausschuß der Kammer hat beschlossen, eine Militärmission ins Rheinland zu entsenden, um an Ort und Stelle die militärischen und politischen, auf die Bevölkerung bezüglichen Fragen zu prüfen.

Rede Chamberlains über die Reichskonferenz.

Birmingham, 16. November. (A.) Chamberlain führte in einer Rede bei einer konservativen Kundgebung aus: Die Verhandlungen der Reichskonferenz bedeuten eine neue Etappe in der Entwicklung der Reichsbeziehungen. Er habe aus den Konferenzen die feste Überzeugung gewonnen, daß der Geist des britischen Reiches alle Schwierigkeiten überwinden werde, denen man sich gegenüberfinden werde. Wenn wir zusammenkommen, schloß der Minister, vergessen wir nicht, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten, wie schwer sie auch erscheinen, unser Zweck und Ziel dasselbe ist. Bei Meinungsverschiedenheiten, die wir gemeinsam mit der übrigen Welt zu erörtern haben, bilden wir in jedem Falle eine gemeinsame und einmütige Front.

Ausbreitungen italienischer Soldaten.

London, 17. November. (A.) Der Athenische Berichtsfahrer der „Morning Post“ meldet: Italienische Soldaten, die in Kalymnos (Dobelanes) griechische Häuser durchsuchten, drangen auch in das eines Mannes, dessen Frau Engländerin ist, ein. Die Italiener vernichteten Bilder des Königs und der Königin von England, obgleich die Engländerin, indem sie eine englische Fahne vor sich hielt, ihnen Schläge der Wut entriß. Die Italiener sprengten das Haus des Bürgermeisters in die Luft und warfen eine griechische Flagge in die See.

Neue Stürme im Osten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Neuhort, 16. November. (A.) Ein Sturmwind, der von schweren Regengüssen begleitet war, hat am Dienstag den östlichen Teil der Vereinigten Staaten von Amerika heimgesucht. Häuser wurden abgedeckt, Bergwerke zerstört, Verkehrswege und telegraphische Verbindungen fast unterbrochen worden. Die Schifffahrt hat beträchtlichen Schaden erlitten. In Bermuda und West-

Virginien sind alle Flüsse über die Ufer getreten und Eisenbahnen und andere Brücken sind weggespült worden. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht gemeldet worden. In der City von Neuhort ist der Schaden sehr gering.

Abberufung des kubanischen Gesandten.

Havana, 16. November. (A.) Ueber die Erklärung der amerikanischen Delegation beim Völkervereinbarung, daß die Souveränität Kubas durch den ständigen Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika beschränkt werde, hat Kuba von Uruguay Aufklärung verlangt, und da dieselbe nicht erfolgte, ist der kubanische Gesandte abberufen worden.

Wettervorhersage für Donnerstag, 18. November.

Meist steigende Bewölkung und wieder Neigung zu Niederschlägen, sonst ziemlich mild.

Radiotalender.

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 18. Novbr.

Berlin (483,9 und 586 Meter). 12.30: Viertelstunde für den Landwirt. 4.30: Albert Reimke liest aus eigenen Werken. 5-6: Pigeonnerweisen. 6.30: Hans Pander: Neues aus der Filmtechnik. 7.05: Spanisch. 8 Uhr: Herbert Eulenberg liest aus eigenen Werken. 10.30-12.30: Tanzmusik.
Breslau (322,6 Meter). 3.50-5: Nachmittagskonzert. 5.15: Literarische Jugendstunde. Aus Kleists Meisterprosa. 6-7: Riederstunde. 7.35: Junge Dichter vor die Front. 8.30: Aus Wagners Musikdramen. 10.15: Tanzmusik.
Königsberg (303 Meter). 11.30-12.30: Vormittagskonzert. 4.30-5.30: Nachmittagskonzert. 7 Uhr: Vierter und Duette aus dem deutschen Volksliedarchiv. 8 Uhr: Übertragung aus Berlin.
München (535,7 Meter). 12.15: Schallplattenmusik. 4 Uhr: Italienische Volksmärchen. 4.30: Kammermusikstunde. 5.30 Uhr: Dr. Schmitz: Die Musik der Japaner. 7 Uhr: Unterhaltungskonzert. 8.45: Spanische Schelmenspiele.
Warschau (400 Meter). 5-5.25: E. Bajorel: Die Sonntagsgewinnung. 7-7.25: Senator Januszewski: Die Bedeutung der Luftschifffahrt für Verkehr und Verteidigung. 7.55-8.20: Prof. Tomaszewski: Die Sterne und die Meteoriten. 8.30-10: Großes Sinfonie-konzert.
Zürich (500 Meter). 5.30: Jugendstunde. 7.30: Vortrag. 8 Uhr: „Die Schweizer.“ Bilder aus dem Zürcher Festspiel 1924.
Wien (517,2 und 588,2 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: Winterportreiere in Tirol. 7.30: Englisch. 8.05: Kammermusikabend. 9.15: Gleichabend. 1. Der Herzogsbrecher. 2. Der Liebesbrief.

Rundfunkprogramm für Freitag, 19. November

Berlin (483,9 und 586 Meter). 4.30-6 Nachmittagskonzert. 6.30: Prof. Reine: Die Herbst- und Winterdingung im Garten. 7.05: Dr. Dollmann: Die Sportarten des Monats. 8 Uhr: „Die Weber.“ Schauspiel in fünf Akten von Gerhart Hauptmann. 10.30 bis 12.30: Tanzmusik.
Breslau (322,6 Meter). 4-4.30: Übertragung aus der Spielzeugausstellung „Der kleine Schweißmann.“ 4.30-6: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: Aus neuer Frauenbildung (Regitationen). 7.35: „Die fische Toni.“ Ein Sendespiel mit Musik in vier Abteilungen.
Königsberg (303 Meter). 4 Uhr: Unterhaltungskunde für die reifere Jugend. 4-6: Nachmittagskonzert. 7.15: Alfred Wein: Aufzeichnung von einer Gatzwanderung. 8 Uhr: Militärkonzert. 10-11 Uhr: Schallplattenmusik.
Warschau (400 Meter). 4.45-5: Pfadfinderstunde. 5-5.55: Kinderstunde. 6-6.55: Kammermusik. 7-7.25: Die Finanzverhältnisse in Polen. 7.55-8.20: Bücherbesprechung. 7.55-8.10: Einführung zum Kammermusikabend. 8.30-10: Kammermusik-auführung von Werken aus dem 17. und 18. Jahrhundert.
Zürich (500 Meter). 5.30: Kinderstunde. 7.30: Englisch. 8 Uhr: Humoristischer Abend Paul Altherr.
Wien (517,2 und 588,2 Meter). 4.15: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: Dr. Eugling: Insekten als Krankheitsüberträger. 6.30: Prof. Hans Ziehe: Albrecht Dürer. 7 Uhr: Französisch. 7.30 Uhr: Englisch. 8.05: Orchesterkonzert. Camillo Horn-Abend.

Die vorbereitende Weltwirtschafts-konferenz.

Die zweite Tagung der vorbereitenden Weltwirtschaftskonferenz ist um 11.30 Uhr vom Präsidenten Theunis, unterstützt vom Direktor des Arbeitsamtes Thomas und vom Direktor der Finanzsektion des Völkervereinbundes, Sir Arthur Salter, eröffnet worden. Fast 30 Delegierte und 40 Sachverständige sind anwesend. Neben den drei deutschen Delegierten Trendelenburg, Sammers und Eggert, list der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Eine Note des Völkervereinbundessekretariats besagt, daß infolge der Kürze der Zeit und des massenhaft eingelaufenen Materials nicht alle Eingänge gleichmäßig verwertet werden könnten, und daß das Material vorläufig als vertraulich anzusehen sei. Falls es weiterhin als Grundlage dienen sollte, müßte es nötigenfalls einer Umarbeitung unterzogen werden.

Theunis beginnt dann mit einer Einführung auf den anfangs in Aussicht genommenen gewesenen Präsidenten Ador und teilt sodann mit, daß er (Theunis) endgültig Präsident bleibe. (Beifall.) Er betont unter anderem, die Kommission habe volle Freiheit seitens des Völkervereinbundes. Die Kommission wolle alle Gebiete des Wirtschaftslebens berücksichtigen, und das wichtigste herausheben. Der Zweck des Völkervereinbundes, auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzuwirken, wird betont. Die Wirtschaftslage hat sich nach Ansicht des Präsidenten nicht allzusehr gebessert, obwohl die Lage des englischen Bergarbeiterstreiks besser geworden ist. Die Konferenz soll bald stattfinden. Auch die Wünsche der zweiten Kommission der Völkervereinbundersammlung gehen dahin, daß einzelne Hauptpunkte des Programms herausgehoben werden sollen, ohne daß das andere zu vernachlässigen.

Aus dem ungeheuren eingelaufenen Material folgert der Präsident, daß das Interesse der Wirtschaftskreise für die Konferenz sich seit einem Jahre sehr gehoben hat. Er verweist auf den produktiven Charakter des Materials, da es erst spät eingelaufen ist. Frankreich und Deutschland wünschen die Heranziehung von landwirtschaftlichen Vertretern. In diesem Sinne ist Dr. Hermes und ein französischer Vertreter anwesend. Es soll keine allgemeine Aussprache über das Dokumentenmaterial stattfinden. Ueber diesen Punkt soll nachmittags bereits die Unterkommission verhandeln. Ein Teil des Materials interessiert die vorbereitende Kommission, ein Teil die gesamte zukünftige Konferenz. Die Teilung des Materials ist nicht leicht. Viel leichter ist die Frage der Zusammensetzung der künftigen Konferenz und des Datums derselben.

Im Anschluß an die Rede Theunis' stellt der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux folgende fünf Fragen der Arbeiter und Arbeitgeber in den Vordergrund: Stabilisierung der Währung. Internationale gegen die Erschwerungen im Weltmarkt, industrielle internationale Entente, Organisation der Arbeiterwanderungen und Schaffung eines ständigen Wirtschaftsorganismus. Dieser könnte fünf Gruppen enthalten: 1. Industrie. 2. Landwirtschaft. 3. Finanz. 4. Arbeit. 5. Verbrauch (arbeiten soll er in periodischen Versammlungen so im Völkervereinbarung und in der Arbeiterorganisation). Die Kommission nimmt von den Ausführungen Jouhaux Kenntnis. Der Gedanke eines ständigen Wirtschaftsorganismus, also gewissermaßen eine dritte internationale Körperschaft, wie Völkervereinbarung, Völkervereinbarung und Internationales Arbeitsamt, scheint österreichischen Ursprungs zu sein.

Deutsches Reich.

Der Achtstundentag vor dem Reichsgericht.
Berlin, 16. November. (A.) Zwei Direktoren der Leipziger Filiale einer Berliner Großbank sind wegen Überschreitung des Acht-

Einen idealen Empfang sichert nur die Kathoden-Lampe „Echo“

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: Richard J. Schulz, Kosmos Sp. z. o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Protos - Staubsauger

der grosse Erfolg!

Als bester Staubsauger durch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (D. L. G. mit dem)

I. PREIS

ausgezeichnet.

Hohe Saugwirkung, bequeme Handhabung, grösste Widerstandsfähigkeit!

Garantieleistung,

Erhältlich bei

SIEMENS

Sp. z. o. odp.

Poznań, Fredry 12. Bydgoszcz, Dworcowa 61.

sowie in allen größeren Installationsgeschäften.

Verkäufer für die Provinz gesucht!

Am Freitag, dem 17. Dezember 1926, vormittags 11 Uhr findet im Sitzungszimmer unseres Geschäftshauses in Poznań, Zwierzyńska 6, die ordentliche

Generalversammlung

unserer Gesellschaft statt.

Die Herren Aktionäre, die in dieser Versammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben spätestens am 3. Werttag vorher bei der Gesellschaftskasse hier, Zwierzyńska 6, bei der Genossenschaftsbank hier, Wajchowa 3, oder bei der Bank für Handel und Gewerbe hier, Majstalarzka 8, ihre Aktien zu hinterlegen.

Von Donnerstag, d. 2. Dezember, ab werden die Bilanzen mit der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie der Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Zwierzyńska 6, ausliegen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Genehmigung der Jahresabrechnung nebst Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
4. Wahlen für den Aufsichtsrat.
5. Wahlen für den Verwaltungsausschuss.
6. Verschiedenes.

Poznań, den 17. November 1926.

DRUKARNIA CONCORDIA Sp. Ake.

Der Aufsichtsrat:

v. Allging, Vorsitzender.

Stofflager

Hermann Heckert

Herrenmoden nach Maß

Poznań

Pocztowa 30

Max Levy, Poznań, Św. Marcin 62 I.

Telephon 5003.

Telephon 5003.

Verkaufsbüro für ländlichen u. städtischen Grundbesitz.
Ältestes und größtes Geschäft am Platze.
Gegründet im Jahre 1901.

Gütervermittlungen
Häuservermittlungen
Finanzierungen.

Ich bitte meine werte Kundschaft, genau auf meine Firma zu achten, da dieselbe konkurrenzlos dasteht.

Tausche mein Haus in Breslau

auf ein Objekt in Polen (Kujawien oder Posen). Es ist ein Schloss, 20 Hektar, 15 Fenster Front. Anfragen an **Groß. Margonin (Posen)**.

Dampfdreschsatz,

System Lanz, größter Typ, 8 Jahre gebraucht, wie neu, mit Strohprelle, für 15 000 zł. zum Verkauf. Auskunst erteilt

Gusovius, Poznań 3, Gajowa 4 II, Tel. 6073.

Zu kaufen gesucht:

1 Paar Aufschpferde,

5 bis 6 Jahre alt, ca. 1,70 m hoch. Keine Schimmel. Gräfl. von Ballestrem'sches Wirtschaftsamt
Ruda (Śląsk).

Zu kaufen gesucht:

12 hochtr. junge Kühe

oder hochtragende Kalben aus miltreicher Herde, für Mitte Dezember. Gräfl. von Ballestrem'sches Wirtschaftsamt
Ruda (Śląsk).

100 aufrangierte Arbeitsochsen

werden (auch in kleineren Mengen von 5 Stück) zu kaufen gesucht. Offert. an **Kozłowski, Leszno, Dworcowa 56.**

Kaufe zur baldigen Lieferung mehrere Bienenstöcke

Bienenhonig.

Nur mit Garantieschein.

Konditorei J. Wawrzyniak,
Główna Wida 36. Św. Marcin 63.
Tel. 5076. Tel. 3663.

Eleg. möbl. Zimmer,

mögl. im Zentrum der Stadt, von berufstätiger Dame per 15. 12. 26 gesucht. Off. unter 5. 5. 2394 a. b. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.



Der beste Hörer der Welt

Gewicht nur 180 gr.

Preis zł. 32.—.

K. Greger

Abteilung: RADIO.

Poznań, ul. 27. Grudnia 20.

Telephon 2750.

Was tun Sie?

für einen großen

Weihnachtsumsatz?

Es ist die höchste Zeit, an Ihre Weihnachtsreklame zu denken. Warten Sie nicht, bis Ihre Konkurrenz mit grossen Inseraten an das Publikum herantritt!

Wer zuerst mit seinen Angeboten erscheint, wird den größten

Erfolg haben!

Bestellen Sie Ihre Weihnachtsanzeigen jetzt schon bei der Firma

KOSMOS Sp. z o.o., Poznań

Zwierzyńska 6.

Tel. 6823, 6105, 6275.

Einheirat.

Suche für meine Nichte, 30 J. alt, jüd., einen soliden Mann, nur Glaser oder Produktenhändler angenehm. Off. unter 5. 2390 a. b. Geschäft. d. Bl. erbeten.

Zwei evangl., gebild. junge Damen, die ein trautes Heim zu schaffen wissen, wünschen die Bekanntschaft von gebildeten, soliden Herren. Alter von 26 Jahren ab. Anonym zwecklos. Gefl. Zuschriften unter 2368 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wer liefert gute Reklame-Zeichnungen nach Angaben?

Offerten unter 2392 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



3-4 Zimmer-Wohnung

mit Badeeinrichtung, elektrischem Licht, im Zentrum direkt vom Wirt gesucht.

Größeres Lokal nebst Lagerräumen

im Zentrum gesucht. Gefl. Zuschriften unter 2396 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Handarbeiten

zu staunend billigen Preisen! Aufgezeichnete, angefangene, fertige **Stickereien** empfiehlt

Fa. Geschw. Streich, Poznań

En gros ul. Kantaka 4, II. Etage (früher Bismarckstraße).

Handschuhe Herrenartikel

H. Seeliger, Poznań, Św. Marcin 48, neben dem Schloss. Handschuhwäsche und Reparaturen.

Junger evgl. Landwirt sucht

Pachtung

von 100 — 200 Morgen mit eisernem Inventar. Angeb. unt. Nr. 2372 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Wozna 12 (früher Büttelstr.) Ein- und Verkauf

von gebrauchten Büchern. Große Auswahl in deutschen Wissenschafts-, sowie Schulbüchern und Romanen. Als Weihnachtsgeschenke Märchenbücher und Kunstwerke.

10/30 Opel-Torpedo

4-Sitzer

Bösch-Licht und Starter, in tadellosem Zustande, reichhaltige Ausstattung, Doll. 850.—. Offerten an Refkama Polska Aleje Marcinkowskiego 6. unter „Torpedo“.

Herrenpelze

in grosser Auswahl **B. Hankiewicz, Poznań,** Wielkie Garbary 40 II. Etag. Achtung! Kein Laden, daher billigste Preise. Berücksichtigung ohne Kaufzwang.

Kino Renaissance

Das erste Mal in Poznań!

Vom 15. bis 21. November monumentaler Ausstellungs-film

Die Tragödie des Hauses Habsburg

2 Serien, 12 Akte zusammen.

1. Serie: Erzherzog Rudolf und Maria Decera.
2. Serie: Das Geheimnis d. Schlosses Meyering.

In der Rolle der Baroness die ausgezeichnete **Marja Korda.**

Tanz-Unterrichts-Institut

Ballettmeister **Mikolajczak, ulica Pocztowa 291.**

Zur Ergänzung eines Schülerzirkels

nehme Anmeldungen entgegen. Der neue Kursus für Deutsche beginnt

Donnerstag, den 9. Dezember.

Arbeitsmarkt

Vertreter

für die Wojewodschaft Poznań von elektrotechnischer Großhandelsfirma gesucht.

Monatliche Einnahme 500-800 złp.

durch Verkauf von elektr., leichtabsetzbaren Gebrauchsgüterartikeln. Zur Uebernahme einer Musterkollektion ca. 800 złp. Kautions nötig. Schriftliche Angebote mit Personaldaten und des gewünschten Wirkungskreises unter 2395 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Flotter Korrespondent oder Korrespondentin

unbedingt aus der techn. oder Landmaschinenbranche, mit gutem schriftl. und perfektem poln. Briefstil, zum 1. 12. 26 für **Poznań** gesucht. Deutschgeschriebene genaue Angebote mit Gehaltsforderung unter 2391 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbitten.

Suche für 1400 Morg. großes Gut mit starkem

Schafzucht einen durchaus fleißigen, zuverlässigen

Beamten

unter allgemeiner Disposition, am liebsten Landwirtschaft, zum baldigen Antritt. Kenntnis der poln. Sprache in Schrift nicht erforderlich. Verheiratung später möglich. Nur solche Bewerber, welche durch lückenlose Zeugnisse ihre Befähigung zur Bewirtschaftung eines solchen Gutes nachweisen können, wollen Offerten mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsanprüchen unter 2383 a. d. Geschäftsst. d. Bl. einreichen.

Ev. geb. Hausdame,

fähig groß. Landhaushalt zu führen, per sofort oder 1. 12. gesucht. Kenntn. der poln. Sprache erwünscht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen zu richten an **Fr. Sentleben, Rittergut Zahorowo poczta Książ, pow. Śrebr.**

Fräulein, poln. und deutsch sprechend, aus guter Familie, mit besserer Schulbildung als

Empfangsdame

gesucht. **Dr. Galdyński, Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankh., Poznań, Przecznica 2.**

Stellengesuche

Junger, tüchtiger, m. Rente demmüllerei gut vertrauter **Müllergefelle** sucht Stellung. **Hermann Theobald, Niemcewicz-poznański.**

Wirtschaftsbeamter,

36 J. alt, verh., 1 Kind, mehrjäh. Pragis, beide Spr. beherrschend, sucht Stell. auf ein. mittl. Gut oder Vorwerk bei einer deutschen Herrschaft zum 1. 4. 27. Zuschr. unt. 2393 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zuvert., ehef. j. Mädchens. Stell. als **Stütze**, etwas Koch. vorh. Ang. u. 2387 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Gärtner, tüchtig u. zuverlässig, gut im Fach bewand. u. m. d. Baumschule bekannt, d. auch d. Zög. Dienenzucht u. Baldflechte übernimmt, sucht Dauerstellung v. 1. 1. 27 wo sp. Heirat gefl. wird. Gute Empf. vorh. Gefl. Ang. unt. 2389 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Verband für Handel und Gewerbe

Poznań.

Telephon 1536.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich in

Poznań, ul. Skośna 8,

parterre

(Ev. Vereinshaus, Altkasselle)

Geschäftsstunden 8—8 Uhr

Sprechstunden 11—2 Uhr

... einer elektrischen Anlage von einem wie oben geschilderten Schaft zu bewahren.

Gegen die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben.

— eine machtvolle Kundgebung der deutschen Spitzenverbände.

Die Spitzenverbände der deutschen Industrie, nämlich der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband der Privatversicherung, der Reichsverband des Deutschen Handwerks, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und der Zentralverband des Deutschen Großhandels, hielten am Mittwoch in Berlin eine eindrucksvolle und höchst bedeutsame Tagung ab, in der folgende Entschlüsse gefaßt wurden: „Es haben in den letzten Monaten eingehende Erörterungen über die Gefährdung des Privateigentums und über die Gefahren und Nachteile der steigend zunehmenden gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand stattgefunden, bei denen sich Einigkeit über die nachfolgenden Grundsätze ergab:

I. dem geschichtlichen Werden unserer Wirtschaft und der Eigenart unseres Volkes, welches das Privateigentum und das Recht des einzelnen zur freien und selbständigen Betätigung in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu seinen höchsten Gütern zählt, entspricht es, daß Deutschlands Wirtschaft wesentlich Privativirtschaft ist. Die private Wirtschaft ist demnach auch im wesentlichen die Trägerin der Lasten, aus denen das Reich, die Länder und die Gemeinden die Kosten ihrer Haushalte bestreiten, und die darüber hinaus die Erfüllung der von Deutschland dem Auslande gegenüber übernommenen Verpflichtungen ermöglichen sollen.

II. Unter diesen Umständen muß das Privateigentum die unantastbare Grundlage der Wirtschaft bleiben, und es darf die Leistungsfähigkeit der Privativirtschaft, deren Erhaltung und Stärkung eines der wichtigsten Interessen der Volksgesamtheit ist, nicht dadurch gefährdet werden, daß Unternehmungen, welche unmittelbar oder mittelbar vom Reich, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden betrieben werden, mit den privaten Gewerbetreibenden des gleichen Erwerbszweiges in Wettbewerb treten.

III. Zwischen Unternehmungen der öffentlichen und solchen der privaten Hand kann es wohl eine sachentsprechende Arbeitsteilung geben (wie zum Beispiel zwischen Reichsbahn und Kleinbahnen oder auf ähnlichen Gebieten), aber nicht einen gesunden Wettbewerb, wie zwischen verschiedenen privaten Unternehmungen des gleichen Berufszweiges. Schon allein der Gedanke, daß ein Gemeinwesen seinen Angehörigen, die durch ihre Steuern und Abgaben zu seinen Lasten beitragen, auf dem Gebiete ihrer privativirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenz macht und so seine eigenen Steuererträge vermindert, ist widersinnig. Darüber hinaus kann diese Konkurrenz um deswillen nicht unbedenklich sein, weil die öffentliche oder halböffentliche Stellung der einen Gruppe der Mitbewerber ihr vor der anderen Gruppe einen mit dem Wesen des fairen Wettbewerbs unvereinbaren Vorsprung gibt. Dieser Vorsprung ist nach den bisher vorliegenden Beobachtungen und Erfahrungen im wesentlichen in Bevorzugungen auf steuerlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Finanzierung und Kapitalbeschaffung mit Hilfe öffentlicher Gelder, der geschäftlichen Förderung durch Behörden und Beamte zutage getreten, und zwar sowohl in dem Sinne, daß privaten Unternehmungen die für sie wertvolle Kundenschaft öffentlicher Stellen entzogen, als auch in dem Sinne, daß Privatpersonen infolge amtlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit zwangsweise den öffentlichen oder halböffentlichen Betrieben als Kunden zugeführt wurden. Namentlich aber äußert sich dieser Vorsprung in der, sei es juristisch bestehenden, sei es tatsächlich vorhandenen oder doch im Publikum vorausgesetzten Haftbarkeit des Gemeinwesens und seiner Steuerzahler für die Verbindlichkeiten und Verluste der öffentlichen oder halböffentlichen Unternehmungen. Denn dieser Umstand kommt nicht allein dem Kredit von Unternehmungen der letztgenannten Art zugute, sondern befähigt sie auch, unter Hintansetzung von Gesichtspunkten kaufmännischer Rentabilität die angemessenen Preise und Bedingungen der privaten Mitbewerber vorübergehend zu unterbieten.

IV. Die Übersetzung einer Reihe von Berufszweigen durch die über große Zahl der darin tätigen Betriebe ist durch den Wettbewerb der öffentlichen Hand wesentlich vergrößert worden. Soweit eine Rationalisierung durch Abbau überflüssiger Betriebe geboten ist, muß die öffentliche Hand hierbei den Anfang machen; unter keinen Umständen aber darf die von der Privativirtschaft aus Rationalisierungs-Gründen herbeigeführte Betriebsverminderung in ihrem Zwecke dadurch vereitelt werden, daß an die Stelle eingezogener privater Unternehmungen oder Betriebsstellen solche der öffentlichen Hand treten.

V. Die Bedenken gegen den Gewerbebetrieb der öffentlichen Hand werden durch den Betrieb in handelsgesetzlicher oder sonstiger privatrechtlicher Form nicht vermindert, sondern unter Umständen in gewisser Richtung vermehrt, da solche Unternehmungen als Aktiengesellschaft usw. nicht nur der Kontrolle der verfassungsmäßigen Vertretungen, sondern auch derjenigen der Versammlung der Anteilseigner entzogen sind; denn sämtliche Anteile sind regelmäßig in der Hand einer oder mehrerer öffentlicher Behörden vereinigt.

VI. Die unterzeichneten Verbände sind sich durchaus darüber klar, daß die hier betrachtete Entwicklung in den verschiedenen Berufszweigen bisher verschieden weit fortgeschritten ist. Das darf aber unter keinen Umständen dazu führen, daß die vorliegende Frage lediglich als eine Angelegenheit einzelner, und zwar der am meisten betroffenen Berufszweige angesehen wird. Es gibt heute keinen Erwerbszweig, bei dem nicht eine Entwicklung gleicher Art von heute auf morgen einsetzen kann, wenn nicht rechtzeitig vorgebeugt wird. Die Abwehr muß deshalb nicht nur eine gemeinsame, sondern auch Sache jedes einzelnen sein.

VII. Die Abwehr gegen die Eingriffe der öffentlichen Hand muß sich insbesondere auch gegen alle Bestrebungen richten, die das Privateigentum an Grund und Boden antasten, den freien Grundstücksverkehr durch kommunales Bodenmonopol beseitigen wollen und die Produktivität und Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch staatliche oder kommunale Eingriffe zu gefährden drohen.

VIII. Die Spitzenverbände sind ferner dahin übereingekommen, die vorstehenden Grundsätze den Fraktionen des Reichstages und der Landtage der bürgerlichen Parteien gemeinsam bekanntzugeben. Sie erwarten, daß diese Grundsätze bei allen gesetzgeberischen Beratungen, welche die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zum Gegenstand haben, insbesondere bei der Gestaltung der preußischen Städte-Ordnung und der Landgemeinde-Ordnung, ferner aber auch bei der Beratung des Bodenreform-Gesetzes und des preußischen Städtebau-Gesetzes und bei der Beratung des Etats und der Steuergesetze Berücksichtigung finden.

Auf der Tagung selbst nahm weiterhin nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden der Versammlung Geh. Regierungsrat Professor Dr. h. c. Duisberg, Köln, Generaldirektor Dr. Toepfer, der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Stettin, als Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages das Wort, der ausführte, daß die Gefahren, die der Wirtschaft durch die Betätigung der öffentlichen Hand entstehen, wesentlich größer seien als die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er warnte davor, die Steuerkräfte der Privativirtschaft, auf der letzten, Endes die Existenz des Reiches, der Länder und der Kommunen beruht, abzugraben, indem man Konkurrenzen schafft, die niemals das leisten können, was privativirtschaftliche Tätigkeit leisten kann. Als besonders bedenklich bezeichnet es sodann der nächste Redner, Fabrikant Abraham Frowein, Elberfeld, der für den Reichsverband der deutschen Industrie sprach, daß bei Reich und Ländern dieselben Beamten, die in die Auf-

sichtsräte der der öffentlichen Hand gehörenden Aktiengesellschaften entsendet werden, gleichzeitig auch als Referenten die Hoheitsrechte des Staates gegenüber dem betreffenden Industriezweig vertreten, zu dem das betreffende staatliche Werk gehört. In recht scharfer Weise sprach sich auch der Vertreter des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Klempnermeister Derlien, Hannover, aus, der allerdings auch darauf hinwies, daß in den eigenen Reihen viel gestündigt würde. Wer die Eingriffe der öffentlichen Hand in die Privativirtschaft nicht billigt, der darf auch die öffentlichen Betriebe nicht unnötig in Anspruch nehmen und ihnen nicht seine Kundschaft zuführen. Wenn jeder der hier vertretenen Berufsstände einmal in dieser Beziehung seine Mitglieder aufrüttelt und sie im eigenen Hause Nachschau halten läßt, so wird man wohl ein gutes Stück vorwärts kommen. In ähnlichem scharf ablehnenden Sinne sprach sich dann Bankdirektor Dr. Eduard Mosler, Berlin, als Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes aus; weiterhin Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Ravene, Berlin, als Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, Senator May, Bremen, als Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Freiherr von Kerckerinck zur Borg als Vertreter der deutschen Landwirtschaft und Oberregierungsrat a. D. Hilgard für den Reichsverband der Privatversicherung.

Die machtvolle und eindrucksvolle Tagung schloß mit entsprechenden Erklärungen des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine, des Reichsverbandes des Verkehrsgewerbes, des Bundes Deutscher Architekten, des Bundes in Deutschland approbierter Medizinalpersonen und der Arbeitsgemeinschaft der Heilberufe.

Die Bank Polski und das Wirtschaftsmanifest. (Pat.) Der Aufsichtsrat der Bank Polski stimmte in seiner gewöhnlichen Monatsversammlung bei der Erörterung des von 16 Ländern veröffentlichten Wirtschaftsmanifestes dem Antrage zu, daß der in diesem Manifest propagierte Grundsatz des Freihandels ohne vorhergehende Verwirklichung der in dem Briefe des Präsidenten der Bank Polski an den Gouverneur Norman grundsätzlich zusammengefaßten Bedingungen, demnach ohne die Einführung eines unbehinderten Kapitalumsatzes zwischen den Ländern, ohne die Aufhebung der Einwanderungsbeschränkungen, ohne die Gewährleistung der Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Länder, die ihre derzeitige politische Existenz, die geographische Lage, die Steigerung der Bevölkerungsziffer und natürlichen Bodenreichtümer berücksichtigt, mit den Interessen Polens im Widerspruch stehen würde, das in der Arbeit bei dem Wiederaufbau des eigenen Wirtschaftslebens und der Finanzen ausschließlich ihren eigenen Kräften und Reserven überlassen wäre.

Markte.

Getreide. Posen, 17. November. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Zloty.

Weizen	48.00—51.00	Felderböden	60.00—65.00
Roggen	38.50—39.50	Senf	70.00—90.00
Weizenmehl (65 %)	72.00—75.00	Weizenkleie	28.50
Roggenmehl (70 %)	56.25	Roggenkleie	27.50—28.50
Roggenmehl (65 %)	57.75	Fabrikartoffeln 16 %	6.60
Hafer, Transaktionspreis, 45 Tonnen a	34.00	Roggenstroh, lose	1.75—2.00
Gerste	28.00—31.00	Roggenstroh, gepreßt	2.70—2.95
Braugerste prima	33.00—38.00	Heu, lose	8.00—9.00
Viktoriaerbsen	85.00—95.00	Heu, gepreßt	10.00—11.00

Bemerkung: Viktoriaerbsen und Kartoffeln in feinsten Sorten über Notiz. Die Preise für Fabrikartoffeln richten sich nach der Güte.

Warschau, 16. November. Für 100 kg franko Verladung, in Klammern franko Warschau. Posener Weizen 53.50, pommereller 52.25, Kongrebroggen 41.25, pommereller Roggen 41. Tendenz ruhig. Umsätze mittel. Angebot reichlich.

Krakau, 16. November. Domänenweizen 54—55, roter und gelber Inlandsweizen 53—54, derselbe Handelsweizen 52—53, ungarischer 57—57.50, Domänenroggen 42—40, Handelsroggen 41—42, Domänenroggen 64/65 kg 41—42, Domänenhafer 34 1/2 bis 135.5, Handelshafer 33—34, Graupengerste 35—36, Weizenmehl 45 % 90—92, 50 % 89—90, 60 % 64—66, Grießmehl 92—94, „000“ 86—88, Kongreßgrießmehl 88—90, Roggenmehl 60 % 64—65, posener 65 % 63.5—64.5. Tendenz steigend.

Danzig, 16. November. Weizen 127 f 14.50, 125 f 13.75 bis 14, 120 f 12 1/4—13, Neuer Roggen 11 1/4—11.90, Futtergerste 10.50—11, Braugerste 11—11.50, kleine Speiserbsen 15—18, Viktoria 26—30, grüne 20—24, Pelusken 12, Roggenkleie 8, Weizenkleie 8.25, Weizenroggkleie 8.25—8.50.

Hamburg, 16. November. Notierungen ausländischer Getreidearten für 100 kg cif. Weizen: Manitoba I 16.60, II 16.25, III 15.70, Rosafe Dez. 79 kg 16.10, Januar 15.50, Barusso 15.65, Amber Durum 15.80, Gerste: donaurussische 10.55, La Plata Jan.-Febr. 10.20, Maltin Barley (48 lbs.) Nov.-Dezember 10.20, Roggen: Western Rye II Dez. 12.25, südrussischer Nov. 72 kg 12.40, Mais: La Plata loco 8.85, La Plata Dez. 8.65, Jan. 8.65, Hafer: Kanada Western II 11.90, III 11, Whiteclipped II 10.30, Unclipped Plata 46—47 kg Jan.-Febr. 8.80, Kanada Feeding 52—53 kg 9.60, Weizenkleie (in sh und 1000 kg) Pallards 110, Bran Januar 117, Leinsaat: La Plata Dez. 18.65, Jan. 17.90.

Chicago, 15. November. Weizen: Redwinter II loco 137, Hardwinter II 138 1/4, Dez. 136 1/4, Mai 141 1/4, Juli 134, Roggen II 96 1/2, Dez. 93 1/4, Mai 100.75, Juli 99 1/4, Mais: gelber II 70, weißer 70, gemischter II loco 69 1/4, Dez. 69 1/4, Mai 78 1/4, Juli 81 1/4, Hafer: Dez. 41 1/4, Mai 46 1/4, Juli 45 1/4, Gerste: Maltin Barley 57—74, Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Metalle. Warschau, 16. November. Das Handelshaus A. Gerner gibt folgende Richtpreise für 1 kg in Zloty für Halbfabrikate an. Kupferblech 4.50, Kupferstäbe 5, Messingblech 3.70, Stäbe 4, Draht 4.20.

Im Großhandel sind die Preise unverändert geblieben. Pro Tonne loco Lager wurde gezahlt: Standardkupfer 63 Pfd. Sterl., Elektrolyt 73, Banca-Zinn 33, Hüttenweicheblei 36, Hüttenzinn 38, Reinnickel 183, Aluminium 128, chinesisches Antimon 68.

Berlin, 16. November. Für 1 kg in Rmk.: Elektrolytkupfer sofort. Lieferung cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 133 1/4, Originalhüttenrohnickel im freien Verkehr 0.68—0.69.5, Remelted-Plattennickel gewöhnlicher Handelsgröße 0.60—0.60.5, Originalhüttenaluminium 98—99 % 2.10, dasselbe in Blocks, Walz- und Drahtbarren 2.14, Reinnickel 98—99 % 3.40 bis 3.50, Antimon Regulus 1.05—1.10, Silber 0.900 fein in Barren 75—76 Rmk. für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.80—2.82, Platin im fr. Verkehr 13—15.5 Rmk. für 1 Gramm.

Vieh und Fleisch. Warschau, 16. November. Der gestrige Markt brachte keinerlei Anregung. Die feststehenden Preise blieben unverändert und betragen für Lebendgewicht 2.30—2.80. Der Auftrieb ist normal und stellte sich auf 923 Stück Vieh.

Grauden, 16. November. Für 100 kg Lebendgewicht wurde gezahlt: Für Ochsen II 140—160, Schweine I 220, II 210, Schafe I 140 II 100—140, Kalber I 180—190, II 170. Tendenz fest.

Wilna, 16. November. Für 1 kg totes Gewicht wurde notiert: Rindfleisch II 1.20—1.23, Kalbfleisch I 1.50.

Wolle. Lublin, 16. November. Für 1 kg in Zloty. Feinwollen 4.50—4.80, Mittelwollen 3.75—4, Grobwollen 3—3.25. Die Tendenz am Wollmarkt ist schwach.

Baumwolle. Bremen, 16. November. Amtliche Notierungen in Dollarcents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Erste Ziffer bedeutet Verkauf, zweite Einkauf, dritte Geschäft. Amerikanische Baumwolle loco 14.24, Dez. 13.72—13.60, Januar 13.69—13.59, März 14—13.96, Mai 14.20—14.24, Juli 14.41—14.35, Oktober 14.52—14.46—14.46. Die Tendenz ist ruhig.

Posener Börse.

	17. 11.	16. 11.		17. 11.	16. 11.
3 1/2 und 4 % Posener Vorkriegspfundbr.	60.00	58.00	Brow. Krotoszyński (30 zł).....	15.00	—
3 1/2 % u. 4 % Kriegspfundbr.	28.00	—	Centr. Skór (100 zł).....	15.00	15.00
8 dol. listy Poz. Ziem. Kredyt.	7.00	7.20	C. Hartwig (50 zł).....	23.00	23.00
6 % listy zboż. Pozn. Ziemstwa Kredyt.	18.25	—	Lubań (1000 Mk.).....	—	100.00
5 % Poz. konwers. Bk. Przemysłowców (1000 Mk.).....	—	1.05	Dr. R. May (1000 Mk.).....	36.50	36.00
			Pozn. Sp. Drzewna (1000 Mk.).....	0.60	0.55
			Tri (1000 Mk.).....	—	13.00
			Unja (12 zł).....	6.30	6.20
			Wytown. Chemiczna (1000 Mk.).....	0.60	0.60

Tendenz: anhaltend.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	17. 11.	16. 11.		17. 11.	16. 11.
Amsterdam	360.90	—	Paris	30.65	30.00
Berlin *)	213.94	213.94	Prag	26.72	26.72
London	43.71	43.71	Wien	127.15	125.555
Newyork	9.00	9.00	Zürich	174.00	174.00

*) über London errechnet.

Tendenz: Alle Valuten außer den hochwertigen fest.

Börsen:	17. 11.	16. 11.		17. 11.	16. 11.
8 % P. Konwers.	93.00	—	Michałów	—	—
5 % „	47.40	47.25	Ostrowie	—	—
3 % Poz. Dolar	75.50	75.50	W. T. F. Cukru	2.82	3.00
10 % Poz. Kolej. S. I.	37.00	37.50	Firley	—	—
Bank Polski (o. Kup.)	80.25	80.50	Lazy	0.13	—
Bank Dysk.	9.70	9.75	Wysoka o. K.	3.00	2.85
B. Hand. W.	3.10	3.10	Drzewo	—	0.38
Bank Kredytowy	—	—	W. T. K. Węgiel	66.50	69.25
Bank Malopolski	—	—	Pol. Nafta	0.23	0.28
Bank Przem. Polski	—	—	Pol. Przem. Naft.	—	—
Bank Bk. Hdl. Pozn.	—	—	Nobel	2.70	2.75
Bank Przem. Lwów	—	0.17	Cegielski	—	—
Bank Powsz. Kred.	—	—	Fitzner	—	—
Bank Tow. Spółdz.	—	—	Lilpop	15.75	16.25
Bank Wileński	—	—	Modrzewów	3.70	3.90
Bk. Zachodni	—	1.40	Norblin	95.00	—
Bank Z. Kred.	—	—	Ortwein	—	—
Bk. Zjed. Z. Polsk.	1.60	1.50	Ostrowieckie	7.30	7.45
Bank Zw. Sp. Zar.	5.50	5.50	Parowoz	0.26	0.25
Bank Zw. Ziemian	—	—	Pocisk	—	—
Cerata	1.00	1.00	Rudzik	1.14	1.15
Sole Potas	5.75	—	Unja	—	—
Grodzisk	—	—	Ursus	1.45	1.50
Kijewski	0.19	0.18	Wulkan	—	12.00
Puls	—	—	Zieleniewski	—	—
Spies	2.85	—	Konopie	—	—
Strem.	—	—	Plótno	—	—
Elektr. w Dabr.	—	20.00	Zawiercie	15.25	15.00
Elektrownia	—	—	Zyrardów	11.00	11.10
Pol. Tow. Elektr.	0.10	—	Borkowski	1.25	1.23
Starachowice	2.05	2.12	Jabikowsky	—	—
Brown Boveri	—	—	Syndykat	—	—
Sila i Światło	—	21.00	Tkanina	—	—
Chodorów	103.00	104.00	Haberbusz	56.00	66.00
Czersk	—	0.27	Spirytus	1.85	1.89
Częstocice	—	1.17	Pol. Lloyd	—	—
Gosławice	38.50	38.50	Zegluga	—	—

Tendenz: schwächer.

Eine polnische Bankgründung in Danzig. Die „Pat.“ meldet aus Warschau: Der Präsident der Landeswirtschaftsbank Dr. Steczkowski hat sich nach Danzig begeben, um die endgültigen Formalitäten zu erledigen, die mit der Eröffnung einer Bank unter der Firma „Brytyjsko-Polski Bank Handlowy S. A.“ (Britisch-Polnische Handelsbank A.-G.) im Zusammenhang stehen. Das Aktienkapital dieser Bank wird sich vorläufig auf 3 Mill. Danziger Gulden belaufen. Die Mehrzahl der Aktien werden von der Landeswirtschaftsbank, der Rest dagegen von einer englischen Gruppe mit der Anglo-International-Bank an der Spitze übernommen. Die „Brytyjsko-Polski Bank Handlowy“, die vor allem die Finanzierung des polnischen Exports und Imports bezweckt, übernimmt die Danziger Zweigstelle der „British Trade Corporation“ und beginnt mit ihrer Tätigkeit am 23. November d. J.

Ein reichsdeutscher Schutzverband für die Gläubiger von Aufwertungsforderungen in Polen. Das „Hamb. Fr. Bl.“ meldet: Die Tätigkeit eines neugegründeten Schutzverbandes für die Gläubiger von Aufwertungsforderungen in Polen soll die Interessenvertretung für Besitzer folgender Effekten umfassen: Galizische Karl-Ludwigs-Bahn-Obligationen, Erzherzog-Albrechts-Bahn-Obligationen, Galizische Landesanleihe von 1914, Warschau-Wiener Eisenbahnleihe, Posener Landschaftliche Pfandbriefe, Pfandbriefe der Deutschen Pfandbriefanstalt Posen, der Westdeutschen Ritterschaft und Neuen Landschaft, Rentenbriefe der Rentenbank für die Provinz Posen und polnische Pfandbriefe. Außerdem werden Hypotheken- und Restkaufgeldforderungen auf Grundbesitz in Polen verwaltet und sonstige Interessen, die irgendwie von der polnischen Aufwertung abhängen, z. B. auch Industrie-Obligationen der im abgetretenen Gebiet gelegenen Werke. Der Verband will auf jede Teilaktion in bezug auf einzelne Forderungen vorerst verzichten und vor allem auf den Gesamtkomplex der Schäden aufmerksam machen, die dem deutschen Nationalvermögen durch unterlassene oder unzureichende Aufwertungsmaßnahmen des polnischen Staates zugefügt worden seien. Der Verband hat seine Wirksamkeit darauf zugeschnitten, daß eine Bereinigung nur durch Verhandlung mit Regierung zu Regierung möglich ist. Der Verband schätzt die Forderungen an polnischen Aufwertungs-schuldner auf 2 Milliarden Vorkriegsmark.

Börsen.

Devisenparitäten am 17. November.

Dollar: Warschau 9.—, Berlin —.—, Danzig —.—,	
Reichsmark: Warschau 213.94, Berlin —.—,	
Danz. Gulden: Warschau —.—, Danzig —.—,	
Goldzloty: 1.7866 zł.	
Der Zloty am 16. November 1926. (Überweisung Warschau.)	
London 44, Newyork 11.62, Zürich 57—60.25, Riga 64, Amsterdam	
25, Mailand 275, Bukarest 2050, Tschernowitz 2010, Wien Noten	
78.25—78.75, Überweisung 78.40—79.40, Prag 372—378, Noten	
378.25—381.25, Budapest Noten 78.35—80.35.	
Die Bank Polski, Posen zahlte am 17. Novbr. vorm. 11 Uhr	
für 1 Dollar (Noten) 8.96 zł, Devisen 8.98 zł, 1 engl. Pfund 43.60 zł,	
100 schweizer Franken 173.15 zł, 100 franz. Franken 29.55 zł,	
100 Reichsmark 213.15 zł und 100 Danz. Gulden 173.01 zł.	

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.